

Die Kälte und ihre Folgen

Die Kälte hält an.

Die schon seit einigen Tagen bestehende Kälteperiode hat ganz Europa fast gleichmäßig überflutet, nur in einzelnen Teilen des Kontinents liegen die Temperaturen über Null, zum Beispiel an der Südküste von Irland, wo viel Schnee gefallen ist.

Erhebliche Störungen und Stockungen im Eisenbahnverkehr.

Auch auf den Zugverkehr hat die Kälte einen außerordentlich starken Einfluss ausgeübt und gewaltige Verzögerungen verursacht. Auf dem Dresdener Hauptbahnhof trafen die aus allen Richtungen ankommenden Züge mit Verspätungen von 40 Minuten bis zu zwei Stunden ein. Fern- und Nahverkehr waren davon gleichmäßig betroffen, und auch für die von Dresden abgehenden Züge konnte der Fahrplan nicht eingehalten werden.

Störungen durch Eisgang im Hamburger Hafen.

Im Hamburger Hafen ist der Schiffsverkehr durch den zunehmenden Eisgang stark behindert. Der Fährbetrieb im Hafen kann noch aufrechterhalten werden. Die Seeschiffe können nur mit der größten Vorsicht und sehr langsam eingeschleppt werden. Mehrere Eisbrecher wurden eingesetzt, um die Fahrinne für den Seeschiffsverkehr freizuhalten.

Bis 28° Celsius Kälte im Erzgebirge.

Chemnitz. Zu dem köstlichen Schneefall, von dem Chemnitz und das ganze Erzgebirge Ende voriger Woche heimgesucht worden ist, hat sich am Dienstag eine Kälteperiode angekündigt. In Chemnitz zeigte das Thermometer Dienstagvormittag 23,5 Grad Celsius unter Null, in den oberen Lagen des Erzgebirges bis 28 Grad. Die strenge Kälte hat im Eisenbahn- und Postverkehr schwere Störungen verursacht. Eingefrorene Signale und Weichen müssen immer wieder aufgetaut werden, da sie, wiederholt schon nach Passieren eines Zuges, aufs neue eingefroren sind. Die in Chemnitz ankommenden Züge haben stundenlange Verspätungen. Besonders schwer gestört ist die Strecke Chemnitz—Leipzig und Chemnitz—Maldheim. Hier lagen Dienstagfrüh die Züge manchmal stundenlang auf offener Strecke, bis die Gleise wieder fahrbar gemacht worden waren. Der starke Schneefall in Verbindung mit der großen Kälte hat 200 Fernsprechanstalten in Chemnitz stillgelegt und auch den Telegraphenverkehr in Mitteldeutschland gestoppt. Rund ein Drittel aller Chemnitz beherrschenden Fernsprechanstalten sind seit Dienstagfrüh nicht betriebsfähig. Die Post hat sämtliche Störungskolonnen aufgegeben, um die durch Frost und Raureif zerstörten Leitungen wieder in Ordnung zu bringen.

Werkwürdigerweise sind die Gebiete Deutschlands, die sonst immer die größte Kälte zu verzeichnen haben, diesmal von der Frostperiode verschont geblieben. Die nördlichsten Teile in Ostpreußen haben mit der höchsten Temperatur. In Memel wurden nur minus 2 Grad gemessen, was daraus zu erklären ist, daß von der Ostsee her warme Winde über das ostpreussische Land strömen. Berliner Vororte hatten teilweise 20 Grad Kälte anzuweisen.

Man erwartet in Ost- und Norddeutschland Schneefälle, während im übrigen Deutschland mit einem Fortbestand des trockenen Frostes zu rechnen ist. Der Nordwind führt unverändert kalte Luft zu. Es herrscht richtiger Weihnachtswetter. Aber das man sich freuen könnte.

Die Hindenburgspende.

Bisher 1,1 Millionen Mark ausgezahlt. Wie die Mittel weiter verwendet werden.

Berlin, 20. Dezember. Unter Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg hielt heute das Kuratorium der Stiftung Hindenburgspende seine erste Sitzung ab. Nach den hierbei gefassten Beschlüssen sollen die für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene und die ihnen Gleichgestellten bestimmten Mittel dergestalt verwendet werden, daß jährlich zum 1. April und zum 2. Oktober Ausschüttungen stattfinden; die am 1. April soll vorzugsweise besonders bedürftigen kriegsreichen Kriegserwitwen zugute kommen. Es werden jährlich insgesamt eine Million Mark in Einzelbeträgen von durchschnittlich 200 Mark verteilt werden. Ein bestimmter, vom Kuratorium alljährlich zu bestimmender Betrag wird dem Reichspräsidenten zur unmittelbaren Verteilung in besonderen Notfällen zur freien Verfügung gestellt; ebenso hat die Geschäftsstelle der Hindenburgspende zur Befriedigung besonders dringender außerterminlicher Fälle einen jährlich festgesetzten Betrag zur Verfügung.

Von dem aus den Wohlfahrtsmarken aufgetragenen Erlös wurden der Deutschen Rothhilfe 800 000 Mark zur Unterstützung von Sozial- und Kleinrentnern freigegeben. Weitere Entscheidung über die aus dem Markenerlös aufgetragenen Mittel bleibt vorbehalten, bis das Gesamtergebnis feststeht.

Bis Ende dieses Jahres sind somit einschließlich der aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten an Kriegsbefähigte, Kriegshinterbliebene usw. ausgeschütteten 300 000 Mark insgesamt 1,1 Millionen Mark ausgezahlt worden. Ausdrücklich wurde als Beschluß festgestellt, daß die Mittel der Hindenburgspende unter keinen Umständen dazu in Anspruch genommen werden dürfen, um Reich, Länder, Gemeinden usw. von den ihnen gesetzlich obliegenden Verpflichtungen gegen die genannten Personenzreise zu entlasten.

Das Kuratorium wählte einen aus den Herren v. Stauff, v. Mendelssohn, Arnhold und Dr. Karstedt bestehenden Finanzausschuß. Zum ehrenamtlichen Geschäftsführer der Hindenburgspende wurde endgültig Ministerialrat Dr. Karstedt (Reichsfinanzministerium) bestellt.

Das Kuratorium stellte mit Anerkennung fest, daß die Sammlung bisher dank der ehrenamtlichen und kostenlosen Mitwirkung der beteiligten Personen mit ganz geringen Unkosten befristet ist und die Verwaltung auch künftig mit nur unbedeutenden Geschäftskosten arbeiten wird.

Die Angstpsychose in Los Angeles.

Los Angeles, 20. Dezember. Der Bevölkerung von Los Angeles hat sich infolge des Mordes an der kleinen Marion Barker eine wahre Angstpsychose bemächtigt. In den Zeitungen, in den Schulen und von der Kanzel herab werden die Eltern ermahnt, ihre Kinder nicht aus den Augen zu lassen, ehe der Unhold dingfest gemacht wird, auf den alles Jagd macht. Die Polizei, der Rundfunk und ein in zehntausenden Exemplaren verbreiteter ausführlicher Siegelbrief geben eine eingehende Personalbeschreibung des Mörders und alle bekannten Einzelheiten des Verbrechens. Wie sehr man sich vor dem Mörder fürchtet, beweist, daß sein unglückliches Opfer in aller Stille einen Tag vor der angedachten Frist beerdigt wurde.

wenn es nicht so viele arme Leute ohne Obdach und ohne Kohlen gäbe. . . .

Die Ströme vereist, der Schiffsverkehr gestört.

Das schwere Moselleis hat sich bei der Laher Fähre festgesetzt, infolgedessen hat sich das nachrückende Treibeis bis Wünnigen hinauf aufgestapelt, so daß der Fluß auf eine Strecke von drei bis vier Kilometern vollständig zugefroren ist. Ebenso sind die Nebenflüsse der Mosel zugefroren. Auch der Main führt schweres Eis. Der Rhein führt so starkes Treibeis, daß die Schiffsbrücke bei Koblenz ausgefahren werden mußte. Die Laher ist vollständig vereist.

Zugverspätungen bis zu drei Stunden.

Der starke Frost hat umfangreiche Verkehrsstörungen und Zugverspätungen zur Folge gehabt, da auf den vereisten Schienen nur sehr vorsichtig gefahren werden konnte. Zum Teil waren auch die

Weichen eingefroren.

Zusolgedessen verspäteten sich die Züge des Fernverkehrs aus allen Teilen Deutschlands im allgemeinen bis zu einer Stunde.

Vom Eise eingeschlossen.

Die kleine Insel Rügen im Greifswalder Bodden ist vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Seit vierzehn Tagen sind die Bewohner ohne Milch und jetzt auch ohne Lebensmittel. Jetzt soll der Lokaldampfer „Thelowa“ versuchen, den Bewohnern Nahrungsmittel zu bringen.

Die Kälteperiode in den wärmeren Ländern.

Selbst das sonnige Italien scheint eine nordische Weihnacht zu feiern. Die Pinien sind verschneit, der Bewußtsein einem Alpenberge und die Brunnen sind zugefroren. An der Riviera, in Genua, sind drei Personen, die im Freien nachts schliefen, erfroren.

Paris weißt 14 Grad Kälte auf, eine für Frankreich selten kalte Temperatur. Auf der Seine fahren Eisbrecher, damit der Schiffsverkehr einigermaßen aufrechterhalten werden kann.

Der ungewohnte starke Frost in England hat überall zu unerwarteten Verkehrsschwierigkeiten und Zwischenfällen geführt. Zahlreiche Automobile liegen am Straßenrand mit geplatzenen Rädern. Die Weichen der elektrischen Vorortbahnen Londons sind eingefroren. Im Westen der Stadt ist ein Hauptrohr der Wasserleitung geplatzt, riß 200 Meter Straßenpflaster auf und überschwemmte fünfzehn Häuser. Die Straße selbst wurde in eine Eisbahn verwandelt.

Im südlichen Norwegen wurden nicht weniger als 42 Grad Kälte verzeichnet. Nach dem Norden zu läßt die Kälte nach. Im nördlichen Norwegen steht das Thermometer sogar mehrere Grad über Null.

In der Nähe von Moskau sind 20 Eisenbahnwärter, die bei den Säuberungsarbeiten auf der Strecke mithalfen, mit schweren Erfrierungserkrankungen ins Krankenhaus gebracht worden. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Bei Budapest ist die Donau in ihrer ganzen Breite zugefroren. Auf der ungarischen Donaustraße sind 24 Dampfer im Eis festengeblieben. Der Plattenice ist in seiner ganzen Fläche fest zugefroren. Zwei Dampfer, darunter ein Passagierdampfer, sind im Eise festengeblieben. Die Passagiere mußten zu Fuß an das Ufer gehen.

Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüche in der Eisenindustrie.

Berlin, 20. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsarbeitsministerium finden heute im Lohn- und Tarifstreik der Großeisenindustrie Niedersachsens und Westfalens erneut Verhandlungen statt. Eine Annäherung zwischen den beiden Parteien konnte nicht erzielt werden. Der Reichsarbeitsminister hat darauf die beiden Schiedsprüche vom 15. Dezember 1927 von Amts wegen für verbindlich erklärt.

Amerika für Zahlungsbegrenzung.

Nach Meldungen aus Washington hat Schatzsekretär Mellon erklärt, der Jahresbericht Barter Gilberts mache lediglich den Vorschlag, festzusetzen, was durch den Dawes-Plan nicht erledigt worden sei. Wenn in ausländischen Erklärungen zu dem Bericht des Reparationsagenten erklärt werde, Barter Gilbert habe mit dem Vorschlag, den Gesamtbetrag der Reparationen festzusetzen, seine Befugnisse überschritten, so sei diese Kritik nicht begründet. Mellon fügte hinzu, eine solche Festsetzung des Reparationsbetrages berühre die Frage der Kriegsschulden der Alliierten nicht. Sollte eine Festsetzung des Gesamtbetrages erfolgen, so würden die Verhandlungen direkt zwischen deutschen Vertretern und denen der Reparationen empfangenden Länder vor sich gehen, nicht durch Vermittlung der Dawes-Kommission. Deutschland müsse wissen, was es seinen früheren Feinden schulde. Gilberts Anregung sei daher „einfach und notwendig“. Wenn bei der Festsetzung der deutschen Reparationsendsumme von „weniger als zwei Jahren“ gesprochen werde, so sei damit gemeint, daß „der Umfang der deutschen Verpflichtungen unter allen Umständen am Ende des ersten Jahres der vollen deutschen Jahreszahlungen feststehen sollte, also am Ende des am 1. September 1928 beginnenden Zahlungsjahres“.

Die Untersuchung der Hitler-Affäre.

Weiterarbeit nach Weihnachten.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages unterbrach vorläufig seine Arbeiten über die Vorgänge vom November 1923. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Högn er beendete als Berichtserstatter sein umfassendes Referat.

Dr. Högn er stellte in seinem Bericht ausdrücklich fest, daß sich in der Putschnacht der damalige bayerische Kultusminister Dr. Maier durch seine entschlossenen Maßnahmen ein außerordentliches Verdienst um das deutsche Vaterland erworben habe, da eine längere Dauer des Hitler-Putsches zweifellos schwere Gefahren für Deutschland und Bayern gebracht hätte. Aber die Rolle, die der ehemalige Kronprinz damals spielte, äußerte Dr. Högn er, der Öffentlichkeit sei nur bekannt, daß der damalige Generalstaatskommissar Maier sich zum Statthalter des Königs erklärte. Aus den Akten gehe aber die Tatsache einer innenpolitischen Tätigkeit des Kronprinzen Rupprecht im Herbst 1923 hervor. Verschiedene Umstände sprächen dafür, daß das General-

staatskommissariat dazu bestimmt war, die Wiedererrichtung der Monarchie in Bayern in die Wege zu leiten.

Dr. Högn er beanstandete schließlich, daß im Hitler-Prozess eine Reihe wichtiger Zeugen nicht vernommen worden sei, kritisierte die Verhandlungsführung des Vorstufen im großen Hitler-Prozess und bezeichnete es als auffällig, daß bei den verschiedenen Prozessen gegen Beihilger am Hitler-Putsch fast immer die gleichen Laienrichter fungierten.

Der Ausschuß wird zu dem Referat erst nach Weihnachten Stellung nehmen.

Die Auflösung der preussischen Gutsbezirke

Beschleunigungserlaß. Innenminister. Der Preussische Landtag hat am 12. Dezember einen Gesetzentwurf der Regierungsparteien über die Regelung des Gemeindevahlrechts angenommen. Der Staatsrat hat beschlossen, Einspruch gegen dieses Gesetz nicht einzulegen. Das Gesetz ändert die bestehenden Gesetze auf drei verschiedenen Gebieten ab, und zwar bei dem Gemeindevahlrecht, bei der Bürgermeisterversammlung in den Provinzen Rheinland und Westfalen und verfügt die Auflösung der Gutsbezirke.

Nach Mitteilung des Preussischen Pressedienstes wird eine Anweisung zur Ausführung des Gesetzes demnächst ergehen. Da jedoch die Auflösung der Gutsbezirke mit allergrößter Beschleunigung ausgeführt werden muß, damit die Einwohner der Gutsbezirke bereits bei den für das Frühjahr 1928 zu erwartenden Kommunalwahlen ihr Wahlrecht ausüben können, hat der preussische Minister des Innern die Oberpräsidenten hiervon schon jetzt verständigt, um die bereits gegenwärtig möglichen Vorbereitungen für die Ausführung des Gesetzes sofort in die Wege zu leiten.

Die Landräte sollen entsprechende Vorschläge für die Auflösung der Gutsbezirke sofort aufstellen. Der Minister spricht die Erwartung aus, daß ein Landrat, der seinen Kreis kennt, diese Arbeit in kürzester Frist bewerkstelligen kann. Die Ausführung wird anordnen, daß die Landräte bis Mitte Januar 1928 die erforderlichen Vorschläge auszuarbeiten, alsdann die beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke zu hören haben. Damit in den einzelnen Kreisen nach einheitlichen Gesichtspunkten verfahren wird, wird es erforderlich sein, daß die Regierungspräsidenten noch vor Weihnachten eine Besprechung mit den Landräten ihres Bezirks abhalten.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Widerstreit in Mecklenburg-Streit zwischen Regierung und Landtag.

Das mecklenburg-streitliche Ministerium hatte auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofs die am 3. Juli 1927 erfolgte Landtagswahl für ungültig erklärt und die Befugnisse des Landtages dem einstweiligen Landesauschluß übertragen. Wegen dieser Regierungsbeschlüsse wird in einer Veröffentlichung der Präsidium des Mecklenburg-Streitlichen Landtages, Dr. Fohs, er weist darauf hin, daß das Urteil des Staatsgerichtshofs es ausdrücklich dem Lande überlasse, die Folgerungen aus seinem Spruch selbst zu ziehen. Das Organ des Landes hierzu sei lediglich der bestehende Landtag, der allein befugt sei, über seine Auflösung zu beschließen. Die Einberufung des Landtages bleibe bestehen. — Von nationalsozialistischer Seite wird in Mecklenburg-Schwern nun ebenfalls Klage beim Staatsgerichtshof gegen die Gültigkeit der letzten Landtagswahlen erhoben werden.

Rußland.

Unterwerfung eines Teiles der Opposition. Der Parteitag der Kommunistischen Partei wurde geschlossen. Es wurde ein neues Zentralkomitee gewählt, dem 71 Mitglieder, darunter alle bekannten Parteiführer, wie Stalin, Rykow, Bukharin, Tomski u. a., angehören. Auch Tschischerin wurde an das Zentralkomitee wiedergewählt. Rykow verlas eine an das Präsidium ergangene neue Erklärung eines Teiles der Opposition, unterzeichnet von den aus der Partei ausgeschlossenen Politikern Kamenew, Sinowjew u. a. Die Erklärung bringt zum Ausdruck, daß dieser Teil der Opposition seine völlige und vorbehaltlose Unterordnung unter alle Beschlüsse des Parteitages kundtat und seine Anschauungen für irrig erklärte. Der Parteitag war damit nicht zufrieden, sondern forderte Einzelgesuche der Ausgeschlossenen um Wiederaufnahme. Das neue Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat das politische Bureau mit folgenden Mitgliedern gewählt: Bukharin, Woroschilow, Kalinin, Kuibyschew, Molotow, Rykow, Rudatal, Stalin und Tomski. Zum Generalsekretär der Partei wurde Stalin wiedergewählt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Verabschiedung der Besoldungsordnung an den Reichsfinanzminister ein Dankeschreiben gerichtet.

London. Wahrscheinlich wird der Besuch einer japanischen Handelsmission in Moskau zum baldigen Abschluß eines russisch-japanischen Handelsvertrages führen; die Moskauer Regierung wird eine wirtschaftliche Mission nach Japan senden.

Warschau. Im Ministerium des Äußeren wurden zwischen Minister Jaleski und dem deutschen Gesandten Ulrich Kaufner die Ratifikationsverhandlungen zu dem in Berlin unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommen zur Regelung der sozialen Versicherung von Eisenbahn- und anderen öffentlichen Angestellten auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig ausgetauscht.

Warschau. Wie die offiziöse „Epoca“ von maßgebender Seite erfährt, werden die vom Völkerbundrat empfohlenen polnisch-litauischen Verhandlungen zwischen dem 10. und 15. Januar 1928 beginnen.

Antrag auf Bau einer Eisbrücke bei Tangermünde. Ein Antrag im Landtag.

Im Preussischen Landtag ist folgender Antrag der Deutschnationalen Volkspartei eingegangen:

Von Magdeburg bis Harburg, auf einer Entfernung von 288 Kilometer, gibt es keine Straßenbrücke über die Elbe. Der große Durchgangsverkehr von Westdeutschland nach Berlin und nach dem Osten und umgekehrt wird dadurch außerordentlich beeinträchtigt. Der mittelalterliche Fährbetrieb bei Tangermünde kommt auch für den Lokalverkehr kaum in Betracht, da Hochwasser, Eisgang und Eisstand diesen kümmerlichen Notbehelf häufig ganz ausschalten. Leider ist die alte Eisenbahnbrücke bei Hämerten mit großen Unkosten abgebrochen und nicht für den Straßenverkehr nutzbar gemacht worden. Die Notwendigkeit einer Brücke über die Elbe bei Tangermünde wird von allen Seiten anerkannt. Die anliegenden Kreise und die Provinzial-Sachen sind zu großen Opfern für den Brückenbau bei Tangermünde bereit.

Der Landtag wolle daher beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, mit dem Reich die Mittel zur Verfügung zu stellen für den Bau einer Brücke über die Elbe bei Tangermünde.